

# Gründung & Start-ups

BIHK-Positionen zur Landtagswahl 2018

## Auf einen Blick

Auch in Bayern wollen immer weniger Menschen ihr eigener Chef werden: 2016 sank die Zahl der Existenzgründungen zum siebten Mal in Folge. Die gute Konjunktur, geringe Arbeitslosigkeit, oftmals mangelndes Know-how oder fehlender Mut lassen die sichere Position als Angestellte/r gegenüber der Gründung eines eigenen Unternehmens interessanter erscheinen.

Leicht angestiegen ist hingegen die Zahl der Gründer, die sich mit neuen Technologien oder innovativen Geschäftsmodellen in den Markt wagen. Diese Start-ups stehen allerdings zusätzlichen Herausforderungen gegenüber: Sie benötigen Kapital, um ihre Produkte zu entwickeln und in den Markt zu bringen. In Deutschland ist der Wagniskapitalmarkt vergleichsweise unterentwickelt: 3,1 Milliarden Euro Wagniskapital wurden 2015 in Deutschland investiert (0,027% des Bruttoinlandsproduktes), umgerechnet 53 Milliarden Euro in den USA (0,333% des BIP).

Um die Anreize für Gründungen zu erhöhen und Start-ups bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, sollte die bayerische Landespolitik:

- Eine Kultur der Selbstständigkeit vermitteln
- Bürokratie für Gründer abbauen
- Die Finanzierung und Förderung von Start-ups verbessern
- Gründer, Start-ups und etablierte Wirtschaft besser zusammenbringen

## Kultur der Selbstständigkeit vermitteln

Die Zahl erfolgreicher Gründungen aus unternehmerischem Antrieb bewegt sich konstant auf niedrigem Niveau. Ein Grund hierfür ist eine fehlende Kultur der Selbstständigkeit in Deutschland. Sowohl in den Medien als auch in Schulbüchern werden die positiven Dimensionen des Unternehmertums wie eigenverantwortliches Handeln und die Verwirklichung eigener Ideen zu wenig vermittelt. Ein weiterer Grund ist eine schlechte Qualität der Gründungsvorbereitung: Unklare Produktideen, ungenaue Zielgruppen und unrealistische Umsatzplanung sind die größten Ursachen für unternehmerisches Scheitern. Häufig mangelt es den Gründern an ökonomischen Know-how sowie dem Denken in Geschäftsmodellen. Deshalb sollten wirtschaftliche Grundlagen sowie ein positives Unternehmerbild bestmöglich in den Lehrplänen der Bildungseinrichtungen verankert werden, um hierdurch eine stärkere Kultur der Selbstständigkeit zu entwickeln.

## Bürokratie für Gründer abbauen

### Genehmigungsverfahren vereinfachen und One-Stop-Shops schaffen

Aktuell sind zahlreiche Gründungsformulare kompliziert aufgebaut und insbesondere für nicht deutschsprachige Gründer nur schwer verständlich. Da Gründungen zudem bei verschiedenen staatlichen Stellen angemeldet werden müssen und keine einheitlichen, flächendeckenden E-Government-Angebote bestehen, gehen Unternehmensgründungen momentan mit erheblichem bürokratischem Aufwand einher. Vielmehr sollten Gründungen digital und innerhalb eines Tages möglich sein. Dazu bedarf es effizienter One-Stop-Shops, die möglichst viele Anmeldungen und Genehmigungen an einer zentralen Stelle bündeln. Hilfreich ist hierbei der Einheits Ansprechpartner in den Regionen.

## Stimme der Wirtschaft

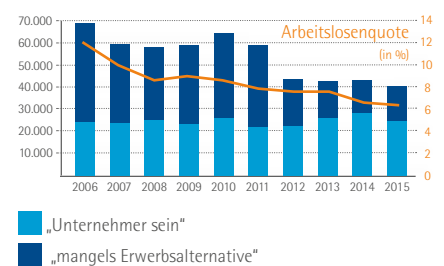
Wichtig für Gründer und Start-ups ist eine schlanke Bürokratie mit digitalen Prozessen. Wir müssen uns auf unsere Produkte und Dienstleistungen konzentrieren, um schnell in den Markt zu kommen. Hierfür benötigen Start-ups Zugang zu Kapital und Fördermöglichkeiten.

*Florian Schardt, Geschäftsführer der AZUBIYO GmbH, München und Mitglied der Vollversammlung der IHK für München und Oberbayern*

## Forderungen

- Unternehmerisches Know-how in die Bildung integrieren
- Gründungen digital und an einem Tag ermöglichen (One-Stop-Shop)
- Digitale Durchgängigkeit im E-Government sicherstellen

## Gründungsmotive in Deutschland in Korrelation zur Arbeitslosenquote



Quelle: DIHK-Gründerreport 2016 – Bundesamt für Statistik

### Steuerbürokratie abbauen

Einige Vorgaben der Steuerbürokratie stellen junge, unerfahrene Unternehmen vor große administrative Herausforderungen. Gründer sollten etwa dadurch entlastet werden, dass sie ihre Umsatzsteuervoranmeldung nicht mehr monatlich, sondern vierteljährlich erledigen dürfen. Einzel- und Personenunternehmen mit mehr als 17.500 Euro Umsatz pro Jahr sollten zudem ihren Gewinn wieder formlos ermitteln dürfen, anstatt das komplizierte Pflicht-Formular „EÜR“ nutzen zu müssen.

## Die Finanzierung und Förderung von Start-ups verbessern

Start-ups häufen oftmals über Jahre hinweg erst einmal Verluste an. Denn ihre Technologien müssen noch zu Produkten entwickelt und der Markt überzeugt werden. Hierfür benötigen sie Kapital. Die Banken können aufgrund ihrer regulatorischen Restriktionen häufig nicht das Risiko eingehen, in unsichere Unternehmensgründungen zu investieren. Deshalb müssen Start-ups auf Förderprogramme zugreifen können und benötigen Wagniskapital. Die Landespolitik sollte daher folgende Initiativen angehen:

### Fonds und Förderprogramme ausweiten und Regularien vereinfachen

Die vom Freistaat Bayern aufgelegten Fonds (z.B. Seedfonds, Wachstumsfonds) sowie die Förderprogramme FLÜGGE und Start?Zuschuss! sind gut aufgestellt und sollten mindestens im gleichen Umfang wie bisher beibehalten werden. Das breit angelegte Programm BayTOU muss hingegen aufgestockt und seine Regularien angepasst werden: Innovative Geschäftsmodelle sollten zukünftig förderfähig und die Förderung bis zum Markteintritt ausgeweitet werden. Zudem würde eine maximale Förderhöhe der Projekte zur Transparenz in dem Programm beitragen. Die IHKs als vorab beratende Institutionen sollten regelmäßig über den Programmstatus informiert werden – das spart Zeit bei den Projektträgern.

### Crowdfunding besser nutzen

Die Finanzierung von Projekten über die Crowd ist eine gute Möglichkeit, um die Marktfähigkeit von Innovationen zu testen. Gleichzeitig hilft sie Gründern, Zugang zu Wagniskapital zu erhalten. Da Crowdfunding in Deutschland jedoch noch zu wenig verbreitet ist, reicht diese Art der Finanzierung für ein Start-up nicht aus. Die Politik sollte erfolgreiches Reward-based Crowdfunding daher mit einer Anschlussfinanzierung unterstützen. Der Freistaat könnte hier über seine Förderbank oder über eine Beteiligungsgesellschaft aktiv werden.





### Beteiligung an Ausschreibungen erleichtern

In den USA suchen öffentliche Auftraggeber wie die NASA gezielt nach innovativen Technologien bei Start-ups. Hierzulande gehen Start-ups bei öffentlichen Ausschreibungen in der Regel leer aus. Grund dafür sind oftmals die spezifischen Ausschreibungskriterien, die Start-ups nicht erfüllen können. Start-ups sollten aber gezielt informiert und ermutigt werden, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Der Staat könnte den Einsatz von Technologie-Scouts fördern, die bei Spitzen- und Hochtechnologie-Vorhaben gezielt nach geeigneten Start-ups suchen.

## Gründer, Start-ups und etablierte Wirtschaft besser zusammenbringen

Viele Gründer aus dem Bereich digitaler Angebote wünschen sich eine stärkere Vernetzung mit mittelständischen Unternehmen. Hiervon würden beide Seiten profitieren: Gründer durch Neukundengewinnung und etablierte Unternehmen durch innovatives Know-how. Zwar werden im Rahmen von BAYERN DIGITAL II derzeit Digitale Gründerzentren errichtet. Diese sollten jedoch auch für etablierte Unternehmen geöffnet werden, um so zur Vernetzung zwischen Gründern mit einem digitalen Geschäftsmodell und etablierten Firmen beizutragen (Digitalisierungszentren). Staatlich geförderte Initiativen wie Cluster, Gründernetzwerke und Plattformen sollten zudem explizit aufgefördert werden, gezielte Matchingangebote (z.B. Messen, Technologie-Scouts) für Start-ups und etablierte Unternehmen zu entwickeln. Darüber hinaus könnten Kooperationen zusätzlich angeregt werden, indem derartige Allianzen bei Förderprogrammen (z.B. Innovationsgutscheine, Technologieprogramme) mit einer höheren Förderquote belohnt würden.

### Ansprechpartner:

Dr. Ute Berger  089 5116-0  [berger@muenchen.ihk.de](mailto:berger@muenchen.ihk.de)  
Joachim Linke  089 5116-0  [linke@muenchen.ihk.de](mailto:linke@muenchen.ihk.de)

## Forderungen



- *Vierteljährliche Umsatzsteuervoranmeldung für Gründer einführen*
- *Formlose Überschussermittlung für kleine Unternehmen ermöglichen*

## Forderungen



- *Bestehende Kapitalfonds weiterführen*
- *FLÜGGE und Start?Zuschuss! weiterführen*
- *BayTOU aufstocken und inhaltlich anpassen*
- *Erfolgreiches Reward-based Crowdfunding mit einer Anschlussfinanzierung unterstützen*
- *Start-ups bei Ausschreibungen besser berücksichtigen*

## Forderungen



- *Gründer und etablierte Unternehmen in Digitalisierungszentren vernetzen*
- *Verpflichtende Matchingangebote bei staatlich unterstützten Initiativen (z.B. Cluster) einführen*
- *Kooperationen durch höhere Zuschüsse bei Förderprogrammen fördern*

## Verwandte Themen



- *Bürokratie abbauen*
- *Digitalisierung des Mittelstands*
- *Innovationen fördern*
- *Unternehmensfinanzierung*
- *Verwaltung digitalisieren*



Weitere Informationen finden Sie im Internet unter [bihk.de/landtagswahl](https://bihk.de/landtagswahl)